

## **Entschließungsantrag** **der Fraktion der SPD**

### **zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung**

#### **Zusammenarbeit im Bündnis – zu den Ergebnissen der Gespräche in den Vereinigten Staaten und der deutsch-französischen Konsultationen**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag bedauert, daß die historische Chance zu einem Durchbruch im Bemühen um Rüstungskontrolle und Abrüstung beim Gipfeltreffen in Reykjavik zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow nicht genutzt wurde.

Eine historische Chance zu einem Durchbruch im Bemühen um Rüstungskontrolle und Abrüstung wurde nicht genutzt. Wachsende Gefahr wie wachsende Hoffnung kennzeichnen die internationale Lage. Eine neue, drastische Drehung der Rüstungsspirale steht bevor, wenn keine Einigung auf bedeutende Abrüstungsschritte erfolgt.

In dieser Situation muß die Bundesregierung alle Anstrengungen unternehmen, um die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion zum baldigen Abschluß umfassender Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen zu drängen.

Der Deutsche Bundestag fordert daher:

1. Die Grenzlinie des ABM-Vertrages zwischen Forschung und Entwicklung muß nach Sinn und Wortlaut des Vertrages eingehalten werden. Die Bundesregierung soll dies unmißverständlich zum Ausdruck bringen. Die Fortführung des SDI-Programms in die Entwicklungsphase und die Einhaltung des ABM-Vertrages schließen sich gegenseitig aus.
2. Die Bundesregierung unterstützt ohne Vorbehalte und Hinterüren den separaten Abschluß eines Abkommens zwischen den USA und der Sowjetunion über die völlige Beseitigung der europabezogenen sowjetischen und amerikanischen Mittel-

streckenraketen (Null-Lösung), die sie selbst gefordert hat. Europa darf nicht für die mangelnde Fähigkeit der beiden Großmächte bestraft werden, die Reduzierung der strategischen Systeme und die Verhinderung der Aufrüstung im Weltraum in einem Abrüstungsabkommen zu verbinden. Einer Null-Lösung in Europa muß die Rücknahme der von der Sowjetunion im Gegenzug zur westlichen Mittelstreckenwaffen-Stationierung vorgenommenen Stationierung von Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite folgen.

3. Die Bundesregierung unterstützt im übrigen das sofortige Einfrieren der Raketen kürzerer Reichweite in Europa. Verhandlungen über die Reduzierung und Beseitigung dieser und die Nicht-Aufstellung neuer Systeme sind gleichzeitig aufzunehmen. Als vertrauensbildende Maßnahme auf dem Wege zu einer Beseitigung der Nuklearraketen kürzerer Reichweite soll die Bundesregierung die Möglichkeit der Errichtung eines nuklearwaffenfreien Korridors in Mitteleuropa auf der Grundlage der von der Delegation der Fraktion der SPD und der SED gemeinsam erarbeiteten Grundsätze aufgreifen.
4. Die Bundesregierung bringt ihre Haltung zum atomaren Teststopp noch einmal unmißverständlich zum Ausdruck. Der Deutsche Bundestag befürwortet die sofortige Aufnahme von Verhandlungen über ein umfassendes Teststoppabkommen. Während der Dauer der Verhandlungen soll auch die amerikanische Seite einem Atomtest-Moratorium zustimmen.

Bonn, den 5. November 1986

**Dr. Vogel und Fraktion**